

**Position:**                    **Staatsapparat / Sozialsystem**

---

► **Selbständige und KMU Unternehmer – die grossen Verlierer des Corona-Krise.**

---

**Die ALV muss der aktuellen Situation angepasst und fairer ausgestaltet werden!**

---

**Selbstständige und KMU-Unternehmer drohen bei den wirtschaftlichen Massnahmen gegen Corona zwischen Stuhl und Bank zu fallen – dabei wurden Bundesrat und SECO seit Jahren auf die Problematik hingewiesen.**

Selbständigerwerbende, Arbeitgeber und Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung sind von den Leistungen der Arbeitslosenversicherung und damit auch von Kurzarbeit ausgeschlossen.

**Dies, obwohl viele von ihnen Beiträge an die ALV ausrichten müssen.**

Betroffen davon sind Firmeninhaber, Geschäftsleiter und Teilhaber an Aktiengesellschaften und GmbHs sowie deren Ehefrauen und Ehemänner oder Partner in eingetragenen Partnerschaften.

Seit Jahren wird versucht, dieses Problem auf verschiedenste Weisen zu beheben. Die verschiedenen Vorstösse die dazu auf nationaler Ebene eingereicht wurden blieben bisher erfolglos.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und der Bundesrat verweigern sich seit Jahren einer angemessenen Lösung.

Die Coronakrise trifft nun genau ins Herz dieser Problematik.

Das SECO verspricht jetzt zwar Soforthilfe, doch fehlt aktuell die gesetzliche Grundlage und das notwendige Tempo der Unterstützungsleistungen kann nicht eingehalten werden.

Das führt viele Selbständigerwerbende an die Grenzen ihrer finanziellen Reserven. Nebst den Versagen in der Gesundheitsprävention versagt das Staatswesen nun auch in der sozialen Funktion zu Lasten des Kleingewerbes.

<sup>1</sup> Bereits im Jahr 2014 wurde im Parlament versucht den Bundesrat zu beauftragen, die Benachteiligung von Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung bei KMU (insbesondere GmbH und AG) im Vergleich zu Grossunternehmen, Selbständigerwerbenden sowie Arbeitnehmenden – mit gleichzeitiger Sicherstellung der Verhinderung von Missbräuchen – zu beheben und das Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG) entsprechend anzupassen.

**Der Bundesrat hat das abgelehnt!**

Die Zeit für eine Behandlung im Rat bis zur Abschreibung ist verstrichen, der Vorstoss wurde leider nicht traktandiert.

<sup>2</sup> 2017 wurde das Thema wieder aufgenommen und wiederum verlangt, dass das AVIG angepasst wird, um die Benachteiligung von Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung bei KMU (insb. GmbH und AG) im Vergleich zu Grossunternehmen, Selbstständigerwerbenden sowie Arbeitnehmenden zu beheben.

**Der Bundesrat hat auch das abgelehnt!**

Die Zeit für eine Behandlung im Rat bis zur Abschreibung ist wiederum verstrichen, ohne dass der Vorstoss traktandiert wurde.

<sup>3</sup> Weil das SECO während Jahren trotz den Vorstössen eine Lösung verweigerte, bei der Arbeitgeber und Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung angemessen von Leistungen der Arbeitslosenkasse profitieren könnten, wurde 2018 im eidgenössischen Parlament gefordert, dass diese Personen im Gegenzug auch keine ALV-Beiträge bezahlen müssen.

**Der Bundesrat lehnt auch diesen Vorstoss ab!**

Er ist aktuell im Parlament hängig und wurde noch nicht traktandiert

Der Bundesrat und das SECO fokussieren in der ganzen Diskussion zu stark auf das Missbrauchsrisiko – dieses könnte man mit einer guten Regulierung minimieren – und vernachlässigt dabei die Härten und Ungerechtigkeiten, die im heutigen System bestehen.

Missbrauchsrisiken bestehen unter anderem auch bei anderen sozialen Einrichtungen so zu Beispiel im Asylwesen, bei der IV, der Unfallversicherung, etc. und werden dort nur mässig bekämpft.

Im März 2020 wurde abermals eine entsprechende parlamentarische Initiative (unterzeichnet von Unternehmerinnen und Unternehmern aus allen Bundeshausparteien) eingereicht, um das Problem über die zuständigen Kommissionen zu lösen, weil das SECO und der Bundesrat sich während Jahren geweigert haben, etwas zu tun.

Dieser Vorschlag hat zwar das Potenzial, das Problem auf lange Sicht zu lösen. Für die aktuelle Coronakrise kommt er aber, wie so vieles, zu spät.

► **Vorstösse im Parlament zur ALV für Unternehmer, KMU...**

- 1 14.4195** / Nationalrat / Motion / Maier Thomas / GLP  
Fairness für KMU
  
- 2 17.3580** / Nationalrat / Motion / Grossen Jürg / GLP  
Fairness für Start-up-Unternehmen und KMU bei der  
Arbeitslosenversicherung
  
- 3 18.3662** / Nationalrat / Motion / Grossen Jürg / GLP  
Fairness für Ehe- und Lebenspartner von Arbeitgebern und von Personen in  
arbeitgeberähnlicher Stellung bei KMU
  
- 3 20.406** / Nationalrat / Parlamentarische Initiative  
/ Andri Silberschmid / FDP. Die Liberalen  
Unternehmerinnen und Unternehmer, welche Beiträge an die  
Arbeitslosenversicherung bezahlen, sollen auch gegen Arbeitslosigkeit  
versichert sein.

**Wir sind nicht nur für unser Tun verantwortlich,  
sondern auch für das was wir nicht tun.**

*Molière*

Ludwig Loretz



Andermatt, 26. Dezember 2020